

Borchener SPD fordert Rücktritt von Ratsherr

Windenergie: Marcel Welsing (FDP) erklärt sich vor Abstimmung erstmals für befangen

■ **Borchen** (NW/fin). Der Borchener FDP-Ratsherr Marcel Welsing hat sich am vergangenen Donnerstag im Hauptausschuss der Gemeinde vor der Abstimmung über die Abstandsflächen für die Ausweisung von Windvorangebieten erstmals für befangen erklärt. Die SPD im Gemeinderat fordert Welsing nun zum Rücktritt auf.

Der Liberale Welsing (Fraktion Freie Wähler/FDP – die Freien) ist bereits seit zwei Jahren als Rechtsanwalt für das Unternehmen Phymetric (Paderborn) von Johannes Lackmann und damit in der Planung von Windparks engagiert. Bislang hatte er an allen Abstimmungen auch über eine mögliche gerichtliche Klage beziehungsweise Klage-Rücknahme in Bezug auf genehmigte Windkraftanlagen in Borchen teilgenommen. Er hätte sich dabei „neutral verhalten“, so Welsing eigene Erklärung gegenüber der NW – der Jurist sah in seinem Verhalten bislang lediglich „eine moralische Komponente“. Welsing plant weiterhin einen Bürgerwindpark auf Borchener Gebiet (die NW berichtete).

Für den Borchener SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Berger ist das Verhalten von Welsing schwer nachvollziehbar: „Trotz der Darstellung der Rechtslage durch die Verwaltung und aller gestellten Nachfragen hatte das Ratsmitglied Welsing eine Befangenheit bisher kategorisch zurückgewiesen, obwohl Herr Welsing schon zum Zeitpunkt der Beratungen zur Rücknahme der Klagen gegen die Genehmigungen der Windräder in Etteln für Windkraftunternehmen tätig war, die sich in Borchen engagieren oder engagieren wollen.“

„Ist es doch mehr als die moralische Komponente, die nun zu der Befangenheitsklärung geführt hat?“ fragt Berger im Namen der SPD-Fraktion nun – und macht dem Liberalen Welsing öffentlich schwere Vorwürfe: „Sie als Jurist haben es von Anfang an besser gewusst und trotzdem anders gehandelt.“

Die SPD fordert von FDP-Ratsherr Welsing die Übernahme der Verantwortung für sein Handeln – Berger: „Ziehen Sie die Konsequenzen und treten Sie von Ihrem Ratsmandat zurück.“